

Umgang mit der AfD

Dass die AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen wird, steht fest. Vermutlich auch in alle zwölf Bezirksverordnetenversammlungen. Dort ist es nicht ausgeschlossen, dass ihr sogar Stadtratsposten zustehen. Auf Landesebene ist eine Regierungsbeihilfung ausgeschlossen. Dennoch kann man einer gewissen Art von Zusammenarbeit gar nicht entgehen. Was macht man, wenn die AfD einen klugen Vorschlag unterbreitet, gegen den niemand etwas haben kann? Ablehnen, nur weil er von der AfD kommt? Beliebtes Mittel im Umgang mit derartigen zu erwartenden Anträgen, ist, sie umzuformulieren und dann als eigenen Antrag ins Parlament einzubringen. Das ist natürlich reine Fassade, sieht aber eben besser aus.

Michael Müller hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss der Berliner CDU zur Zusammenarbeit mit der AfD gefordert. Und prompt reagiert Generalsekretär Kai Wegner: „Müller wird angesichts sinkender Werte immer verzweifelter. Konsequenter als Frank Henkel kann sich niemand von der AfD abgrenzen. Keine Zusammenarbeit, auf keiner Ebene. Das ist eine klare Haltung zu Koalitionsfragen und das unterscheidet Frank Henkel von Müller.“ Naja. Wegner sollte sich auch mal die Umfragewerte ansehen. Wenn jemand sinkt, dann ist das im Augenblick eher seine CDU. Aktuell bei Forsa 17 Prozent, der schlechteste Wert seit dem 18. September 2011. Die Grünen liegen vor der CDU. Dramatisch auch die neueste Umfrage von INSA in Mecklenburg-Vorpommern. Da landet die CDU aktuell auf 20 Prozent, drei Punkte hinter der AfD. Das nenne ich dramatisch, weil Rot-Schwarz im Schweriner Schloss nur noch auf 48 Prozent kommt. Das könnte knapp werden, und schuld daran ist die CDU, denn die SPD hält sich konstant bei 28 Prozent. Rot-Rot-Grün käme in MeckPom auf 49 Prozent.

Und genau in diese Zeit platzt ein CDU Urgestein aus dem Altersnebel in die Schlagzeilen. Peter Radunski, in Berlin einmal für die Kultur zuständiger Senator, hat sich in einem Buch, das am Freitag erscheinen wird, mit „Strategien im Umgang mit der AfD – bekämpfen oder ignorieren“ auseinandergesetzt und kommt zu einem unerwarteten – oder doch nicht? – Ergebnis. BILD meldet: „Ausgerechnet der frühere Senator und langjährige CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski (77), der alle Bundestags- und Europawahlkämpfe der CDU von 1976 bis 1990 managte, rät seiner Partei dazu, den Bann

gegen die AfD aufzuheben – am besten sofort! Stattdessen, so der renommierte Polit-Kampagnen-Experte, sollten die etablierten Parteien die AfD offensiv auffordern, sich an Regierungsbildungen zu beteiligen.



Radunski ist überzeugt, dass die Entzauberung der Rechtspopulisten am besten gelinge, wenn man ihnen nicht dabei hilft, „ihre Außen-seiterrolle zu stilisieren.“ Neben Radunski äußern sich noch weitere 13 Autoren mit „intelligenten Argumenten“ in dem für 14,90 Euro erhältlichen Buch. Neben Radunski sind: Gesine Avena (Die Grünen) • Dietmar Bartsch

(Die LINKE) • Elmar Brok (CDU/EP) • Alexandra Förderl-Schmid (Journalistin) • Manfred Güllner (Wissenschaftler) • Anton Hofreiter (Die Grünen) • Florian Kain (Journalist) • Charlotte Knobloch (ehem. Zentralrat der Juden) • Armin Laschet (CDU) • Aiman A. Mazyek (Zentralrat der Muslime) • Franz Müntefering (SPD) • Ralf Stegner (SPD) • und Katja Suding (FDP) mit Beiträgen vertreten, die hoffentlich eine andere Sichtweise vermitteln.

Zitat BILD: Es sei eine „Waffe in der Auseinandersetzung“ mit der AfD, da diese das Regieren scheue „wie der Teufel das Weihwasser“. • „Mehrfach einfach Nein zu sagen, würde auf Dauer die Skepsis ihrer Wähler erwecken“, schreibt Radunski in dem Buch. Und mehr noch: So einen Kurs könne die AfD auf Dauer nicht erklären. Eine Strategie zur Schwächung der Partei solle deshalb „nicht darauf warten, bis die AfD in der Bevölkerung als regierungsfähig angesehen wird und selbst Koalitionen anstrebt“.

Im Wahl-O-Mat ist nachzulesen, welche Ansichten die Parteien zu bestimmten Themen vertreten. Die CDU hat das Problem, sich gar nicht dagegen wehren zu können, dass sie in 76,3 % der Themen mit der AfD übereinstimmt. Die SPD mit 40,8 %, Die Grünen mit 25,0 %, Die Linke mit 21,1 % und die FDP mit 59,2 %. (Quelle: Tagesspiegel). Immerhin stimmt die CDU mit der SPD bei 59,2 % der Themen überein, bei den Grünen 40,8 %, den Linken 34,2 %, der FDP 69,7 % und den Piraten 30,3 %. Und diese, die Piraten, werden wir vermissen, wenn auf ihren Plätzen die AfD-Abgeordneten sitzen. Das wird in vielerlei Hinsicht vor allem farblos.

Ed Koch